

des Buches gezeigt hat – Grundfragen der EU-Integration, der EU-Instabilität und kritischer EU-Reformerfordernisse erkennen. Aus UK-Sicht und aus EU-Sicht geht es seit Dezember 2017 aber erst einmal formal darum, einen EU-UK-Freihandelsvertrag auf den Weg zu bringen. Das ist als Projekt schwierig, zumal hier ganz unterschiedliche Erwartungen von London und Brüssel zusammentreffen. Die EU27 ist ökonomisch viermal so groß wie UK, und das uneinige May-Kabinettt läuft Gefahr, in UK Erwartungen in der Öffentlichkeit zu erzeugen, die Ende 2018 nicht im Verhandlungsergebnis eingelöst werden können.

Mit der vorläufigen Einigung über einen EU-UK-Austrittsvertrag am 8. Dezember 2017 sind die Weichen für Verhandlungen über den künftigen Zugang Großbritanniens zum EU-Binnenmarkt und der EU zum UK-Markt gestellt worden. Aus Sicht der Wirtschaft in UK und EU27 mag man einen umfassenden Freihandel bei Waren und Dienstleistungen wünschen, so wie dies ja bisher im EU-Binnenmarkt der Fall ist: Freier Handel bei Waren und Dienstleistungen, freier Kapitalverkehr und freier Personenverkehr sind dessen Pfeiler, zudem länderübergreifend öffentliche Ausschreibungen sowie keine Zollkontrollen innerhalb der EU. Die May-Regierung aber will keinen freien Personenverkehr, da die Immigrationskontrolle vorrangig ist, worauf die EU-Kommission hat erkennen lassen, dass zumindest im Bereich der Finanzdienste kein Marktzugang zur EU-27 wie bisher erfolgen kann: nämlich einfach von UK beziehungsweise von London aus Bankgeschäfte in der EU27 zu betreiben (UK-Banken mit „EU-Pass“). Finanzdienste als ein starkes handelsmäßiges britisches Überschussfeld von großer ökonomischer Bedeutung für UK haben also wenig Aussichten, in einen EU-UK-Freihandelsvertrag aufgenommen zu werden, der zusammen mit dem Austrittsvertrag dann die Basis für den geplanten UK-Austritt aus der EU am 29. März 2019 sein soll. Die EU-Kommission wird eine Art Kanada-EU-Freihandelsmodell mit UK realisieren wollen, was aus UK-Sicht zu eng ist.

In 2018 soll ein entsprechender Handels- und Kooperationsvertrag geschlossen werden. Ob der dann die notwendige Zustimmung der Parlamente (UK, Europäisches Parlament) und des Europäischen Rates (Staats- und Regierungschefs) finden wird, bleibt abzuwarten. Tatsächlich wird die Europäische Union wohl grundsätzlich gut daran tun, sich auf eine EU-Zukunft ohne UK einzustellen. Für UK heißt BREXIT wohl, dass ein zweites Schottland-Referendum kommt, und dieses Mal könnte Schottlands Bevölkerungsmehrheit für die Unabhängigkeit stimmen – Camerons Warnsatz beim Referendum 2014, wonach jeder Schotte 1400 Pfund pro Kopf verliere, und die Vorteile der britischen EU-Mitgliedschaft, wird dann nicht mehr relevant sein, und Schottland könnte als Bankenstandort von der Verlagerungsdynamik der Banken in London Richtung EU als neues EU-Mitgliedsland profitieren.

Zu den Sonderbarkeiten des BREXIT gehört der potenziell gefährliche Sachverhalt, dass mit dem BREXIT große Risiken für die Finanzmärkte und Banken in der EU und den OECD-Ländern insgesamt einhergehen könnten. Es gibt Marktrisiken und politische Risiken – etwa aus UK-Politikinstabilitäten herrührend –, wie es sie seit 2007-09 nicht mehr gab; daher besteht Anlass, diese Risiken frühzeitig zu untersuchen, um eine Risikoeingrenzung oder -vermeidung zu erreichen. Zuständig für solche Analysen ist der EU-Systemrisiko-Rat (ESRC: European Systemic Risk Board = „Europäischer Ausschuss für Systemrisiken“), der 2010 als Lehre aus der Bankenkrise gegründet wurde und dem alle EU-Länder angehören. Allerdings blockierte ausgerechnet die Bank of England über den ESRB-Vizepräsidenten Mark Carney, der Chef der britischen Nationalbank ist, notwendige Analysen in 2017. Das ist unverantwortlich und hebt das Mandat des ESRB fast völlig aus, denn es nimmt dem ESRB die Möglichkeit, notwendige Warnungen oder auch Politikempfehlungen in Sachen Begrenzung von absehbaren BREXIT-bedingten Systemrisiken auszusprechen. Man mag UK-Interessen verstehen, die Marktakteure in Sachen BREXIT nicht zu beunruhigen. Aber den EU28-Ländern und ihren über 500 Millionen Einwohnern eine notwendige Risikoanalyse zu verweigern, ist unverantwortlich und inakzeptabel und sicher auch kein gutes Signal zur langfristigen UK-Kooperationsbereitschaft mit der EU. EU-UK-Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen kann es eigentlich aus EU-Sicht nicht geben, wenn UK seine gefährliche Blockade-Haltung nicht aufgibt – es droht der Blindflug in die nächste Banken- und Finanzkrise.

Für die Europäische Union könnte die BREXIT-Mehrheit ein Weckruf sein, über EU-Reformen und eine bessere EU-Politik in Brüssel sowie auf der Ebene der EU-Mitgliedsstaaten nachzudenken. Diese haben nach der Eurokrise das Heft des Handelns sichtbar an sich gezogen, nämlich über den Europäischen Rat, in dem die EU-Mitgliedsländer vertreten sind. Die EU ist sich jedoch jenseits der BREXIT-Fragen auch Ende 2017 uneinig über wichtige Politikfelder, insbesondere den Umgang mit Flüchtlingen, die vor allem aus arabischen Ländern und Subsahara-Afrika kommen. Für den Flüchtlingsdruck gilt, dass dieser durch den BREXIT unter anderem noch mit Blick auf Afrika verstärkt werden könnte. Dort, wie in Lateinamerika (Mercosur) und Asien (ASEAN), gibt es regionale Integrationsräume, die sich bisher stark an der EU-Integration orientierten. So hat etwa die 15 Länder umfassende ECOWAS in Afrika bislang eine wichtige Funktion für regionalen Freihandel, ökonomische Entwicklung und Stabilität. Der BREXIT gibt für viele Integrationsräume in der Welt ein Negativ-Signal: das Signal, dass man als Land allein besser zurechtkommen könne und Wirtschafts- und Politikkooperation in einer Region – hier bei 28 EU-Ländern – nicht wirklich wichtig und attraktiv sind. Sofern die regionale Wirtschaftsinte-

gration in Afrika oder Lateinamerika indirekt durch den BREXIT geschwächt werden sollte, könnte sich der Wachstumsprozess in den genannten Weltregionen verlangsamen, und bei wachsendem Nord-Süd-Einkommensunterschied steigt dann der Wanderungsdruck in die EU, was neue politische Konflikte in der EU schaffen könnte. Populismus-Parteien könnten expandieren.

So manche BREXIT-Rede in UK klingt zumindest ansatzweise nach einer neuen Art von „splendid isolation“ (großartige Isolation), wie UK dies schon einmal Ende des 19. Jahrhunderts als Politikdoktrin betonte, was letztlich aber nicht klug für Großbritannien war, da dies ungewollt mit dem Weg für den Ersten Weltkrieg eröffnete. Allerdings möchten die BREXIT-Befürworter das absehbare künftige Weniger an Handelsintegration EU–UK durch ein Mehr an Freihandelsverträgen mit Nicht-EU-Ländern aufwiegen. Dass dieses Vorhaben gelingen kann, wird hier als kaum möglich eingestuft und in der Analyse begründet – entlang der Argumentationslinie, die schon in der ersten Auflage nicht nur bezüglich möglicher großer Freihandelspartneroptionen für Großbritannien skeptisch war, sondern auch betonte: Gerade der von May hofierte US-Staatspräsident Trump zielt mit strategisch-ideologischer Entschlossenheit auf eine Schwächung der Welthandelsorganisation WTO, die aber für eine britische Freihandelsinitiative als starke internationale Organisation unerlässlich ist.

Diese Problematik und der Widerspruch wurden in 2017 noch viel deutlicher erkennbar, da die USA den Streitbeilegungsmechanismus durch die Blockade von anstehenden Richterwahlen beim WTO-Berufsgericht ab 2019 komplett lahmlegen dürften. Es ist unmöglich für UK, ein großes Netzwerk von Freihandelsverträgen – mit denkbaren Konfliktfeldern – sinnvoll zu organisieren, wenn nicht die World Trade Organization (WTO) als funktionsfähige internationale Organisation Handelskonflikte zuverlässig regeln kann. Man stelle sich vor, das Trump-Bilateralismus-Modell wäre von UK in einem Streitfall zu einem Freihandelsvertrag mit Indien, China, Brasilien oder Japan anzuwenden. UK ist zu klein – anders als die USA –, um auf einer bilateralen Verhandlungsebene in einem Konfliktfall stark aufzutreten. Da war UK bisher als Teil der EU28-Gemeinschaft, die die Außenhandelspolitik in der EU-Zollunion für alle EU-Länder gemeinschaftlich vertritt, gut aufgehoben. Das galt bislang auch mit Blick auf den Multilateralismus, also die internationale Ordnungsfunktion der internationalen Organisationen, was für kleine Länder einen Schutz vor Ausbeutung durch die USA und China darstellt. Mit dem BREXIT und der Hinwendung des Freihandelsakteurs UK zum protektionistischen Trump vollzieht die May-Regierung eine historische Politikwendung, die erkennbar gegen die strategischen britischen Interessen gerichtet ist.

BREXIT bringt aus Sicht Deutschlands und anderer EU-Länder ein doppeltes ernstes Problem: Großbritannien fällt nach dem BREXIT als bislang gewichtiger Partner Deutschlands, der Niederlande und Dänemarks für das traditionelle Handelsliberalisierungsquartett aus, das bislang in der EU zuverlässig das politische Hochdrehen von EU-Handelsprotektionismus verhindert hat. UK fällt aber auch aus als ein Politikakteur für nachhaltige globale Handelsliberalisierung. Vielmehr zwingt UK sich durch den BREXIT auf die Seite der USA unter Trump, der die britische Unterstützung für seine America-First-Politik und vor allem seinen Bilateralismus-Ansatz braucht – der sich gegen den bisherigen Multilateralismus (mit der Welthandelsorganisation WTO als einem Hauptakteur) beziehungsweise die starke international ordnende Rolle internationaler Organisationen und des internationalen Rechts richtet. Trump möchte als Großmacht – natürlich: Supermacht – durch jeweilige bilaterale Verhandlungen das Beste für die USA herausholen. Trump versteht offenbar die Vorteile des Multilateralismus nicht und erkennt gar nicht, dass er und UK sowie einige andere Länder die Welt in Richtung spätes 19. Jahrhundert zurückführen, als bei Abwesenheit internationaler Organisationen wenige konkurrierende Großmächte sich – ohne Politikkooperation – in scharfe regionale und globale Machtrivalitäten verstrickten. Auch wenn UK ein Siegerland des Ersten Weltkrieges war, so erfolgte doch nach 1919 ein politischer Stabwechsel, bei dem die Führungsrolle an die Vereinigten Staaten ging, die schon Wirtschaftsmacht Nr. 1 waren, aber bis 1945 politisch international nicht führen wollten, da der Kongress die US-Mitwirkung am Völkerbund nicht befürwortete.

Dass Trump den BREXIT mehrfach begrüßte, kann man sonderbar finden, denn die USA profitieren weder von einem durch den BREXIT geschwächten UK noch von einer ohne UK schwächeren EU-Wirtschaftsmacht. Offenbar ist aber der BREXIT ein populistisches britisches Großprojekt, das ganz nach Donald Trumps Geschmack ist. Doch der BREXIT wirft viele komplizierte, aber auch einfache Fragen auf: Wie soll man Politiker beurteilen, die lügen? Der Spielraum für populistische Lügen hat sich durch das Internet vergrößert, die Wissenschaft ist da schwach vertreten, und der Satz „Wissen ist Macht“ ist in Zeiten des Internets im Bereich der Wirtschaftspolitik – überhaupt des Politischen – weniger zutreffend als früher. „Netzwerk ist Macht“ muss es heute wohl heißen – und Macht haben auch Netzwerke, die ohne wissenschaftliche Kompetenz aufgestellt sind, aber Tausende oder Millionen digitale Unterstützer haben. Digitale Kommunikationskanäle schaffen Meinungsmacht für bislang Schweigsame, für Verschwörungstheoretiker und politische sowie religiöse Radikale, die anti-wissenschaftlichen Unfug gern als neue Tugend anpreisen und in den digital führen-

den Ländern wie etwa UK und USA mit ihrem Einfluss die Politik bereits massiv beeinflussen.

Trumps Politik in den USA und der BREXIT mögen für vieles stehen, für eine durchdachte, konsistente Ordnungs- und Kooperationspolitik des Westens jedenfalls insgesamt nicht. Es mutete im ganzen Jahresverlauf 2017 sonderbar an, dass auf den G7-Gipfeltreffen die USA zu einem Bekenntnis Richtung Freihandel von Seiten der beteiligten EU-Länder gedrängt werden mussten. Ergebnis sind zunächst weiche Formelkompromisse, die eine neue US-Politik andeuten. Dass Chinas Staatschef den globalen Freihandel erstmals international öffentlich laut verteidigte, während die USA oft schwiegen, zeigt eine bedenkliche Neupositionierung der Vereinigten Staaten, hochgradig problematisch aus Sicht der Bundesrepublik Deutschland mit ihren hohen Exportüberschüssen. Die USA mit ihrer hohen Leistungsbilanzdefizitquote – durch Trumps Steuerreform 2017 in der Tendenz noch verstärkt – werden vermutlich in Richtung EU27 beziehungsweise Eurozone (mit Exportüberschüssen) mittelfristig noch aggressiver und womöglich auch offen protektionistisch auftreten. Das der US-Populist Trump, beraten vom 81-jährigen Nicht-Experten für Handelsfragen Ross Wilbur (US-Handelsminister) am 1. Juni 2018 gegen Kanada, Mexiko und die EU Einfuhrzölle bei Stahl und Aluminium verhängte, ist sonderbar; zumal als Grund Sicherheitsinteressen angegeben wurden. Die Finanzmärkte werden durch die aggressive Trump Handelspolitik destabilisiert, die BREXIT-Risiken steigen hier indirekt.

Hier gibt es aus Sicht Deutschlands und der EU neue Export- und Wachstumsrisiken, die einstweilen – bei guter Weltkonjunktur – noch nicht als akut erscheinen. Klar ist mit Blick auf den BREXIT: UK war 2016 die zweitgrößte EU-Volkswirtschaft, und den Austritt eines großen Mitgliedslandes nach über vier Jahrzehnten aktiver Mitwirkung wird die Europäische Union nicht ohne Blessuren überstehen. Außerdem entzieht der BREXIT Deutschland in der EU einen strategischen Verbündeten bei der EU-Handelspolitik. Im Übrigen ist UK, üblicherweise mit klar orientierter Regierung ausgestattet, seit dem Amtsantritt der Regierung May mit einer immer wieder widersprüchlichen, verwirrenden BREXIT-Politik aufgetreten, was natürlich auch die internen Gegensätze in der Partei der Konservativen in UK widerspiegelt. Immerhin scheint die EU, anders als UK, eine klare Verhandlungsstrategie zu haben.

Beim BREXIT liegt ein „Politikfall“ vor, der viele interessante, gewichtige langfristige Aspekte hat. UK ist zum Beispiel einer der wichtigsten Handelspartner Deutschlands und der EU27. Es stellt sich aus ökonomischer Sicht die Frage, was der BREXIT UK an volkswirtschaftlichen Kosten abverlangt, und welche Kosten sich für Deutschland und andere EU-Mitgliedsländer ergeben. Solange die Verhandlungsergebnisse nicht alle auf dem Tisch sind, gibt es hier